



Detailansicht des Registereintrags

ZIV Zweirad-Industrie-Verband e.V. Die Fahrradindustrie

Aktuell seit 28.09.2026 13:42:49

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003369
Ersteintrag:	14.03.2022
Letzte Änderung:	28.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstrasse 7 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930439735770 E-Mail-Adressen: contact@ziv-zweirad.de Webseiten: <u>www.ziv-zweirad.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Burkhard Stork**
Funktion: Geschäftsführer
2. **Guido Müller**
Funktion: Mitglied des Präsidiums
3. **Volker Thieman**
Funktion: Mitglied des Präsidiums
4. **Bernhard Lange**
Funktion: Mitglied des Präsidiums

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Anke Schöffner**
2. **Tim Salatzki**
3. **Katharina Hinse**
4. **Svenja Golombek**
5. **Burkhard Stork**

Gesamtzahl der Mitglieder:

142 Mitglieder am 09.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (14):

1. Deutsches Verkehrsforum e. V.
2. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V.
3. ECI European Cycling Industries
4. Deutsches Institut für Normung (DIN)
5. Deutscher Verkehrsgerichtstag - Deutsche Akademie für Verkehrswissenschaft- e.V.
6. FGSV Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V.
7. BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.
8. AKTIONfahRRAD gGmbH
9. HOLM - House of Logistics and Mobility e. V.
10. Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
11. BikeBrainPool Velokonzept GmbH
12. Digitize the Planet e.V.
13. Coalition for Cyclist Safety
14. EBMA-European Bicycle Manufacturers Association

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsförderung; Land- und Forstwirtschaft; Breitensport; Tourismus; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Handwerk; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreter:innen des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern geführt, die als Rahmenbedingungen für die Mitgliedsunternehmen notwendig sind. Dabei geht es unter anderem um die Fahrradindustrie im Zusammenhang mit Verkehrspolitik, Wirtschafts- und Industriepolitik, Sport, Freizeit und Tourismus, Technik und Normung sowie Nachhaltigkeit. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen und gesamtpolitischen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreter:innen der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt

Konkrete Regelungsvorhaben (22)

1. Erhalt der Erholungsfunktion des Waldes und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Fahrrads

Beschreibung:

Sicherstellung, dass das Bundeswaldgesetz liberal bleibt und nicht überreguliert. Die Erholungsfunktion des Waldes ist von hoher gesellschaftlicher Bedeutung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Bundeswaldgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 14.11.2023

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BWaldG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406250141** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2406250142** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Anpassung des Gesetzes bezüglich der Gestaltung der Beiträge der Hersteller

Beschreibung:

Anpassungsbedarf sehen wir bei Gestaltung der Beiträge der Hersteller an die Organisationen für Herstellerverantwortung. Die in §10 ausgeführten Regelungen zur ökologischen Gestaltung der Beiträge unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt von denen der EU- Batterieverordnung. Laut EU-Batterieverordnung §57 Absatz 2 Buchstabe a stellen Organisationen für Herstellerverantwortung sicher, dass die Beiträge gegebenenfalls berücksichtigen, ob es sich um wiederaufladbare Batterien handelt, wie hoch der Rezyklatgehalt bei der Erzeugung der Batterien ist, ob die Batterien zur Wiederverwendung oder zur Umnutzung vorbereitet oder umgenutzt oder wiederaufgearbeitet wurden und welchen CO2-Fußabdruck sie aufweisen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13953 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz - Batt-EU-AnpG)

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BattG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250149** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Neufassung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) mit Bezug zu
Anforderungen an die Mindestverzögerung von Fahrradbremsen

Beschreibung:

Die in der Neufassung der StVZO enthaltene Mindestbremsverzögerung von 5 m/s² für alle
Fahrräder sieht der ZIV als Vertreter der deutschen und europäischen Fahrradindustrie
sehr kritisch.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 159/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

...Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Betroffenes geltendes Recht:

StVZO 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2407220007 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

2. SG2408010009 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. eKF als Teil der Verkehrswende, aber Fokus auf aktive Mobilität und ÖPNV

Beschreibung:

- § 10 - Nutzung von Verkehrsflächen: Die eKFV-Nutzung auf gemeinsamen Geh- und
Radwegen (Zeichen 240), Gehwegen und Fußgängerzonen bewerten wir kritisch.
- § 4 (1) 3 - Anforderungen an die Bremsverzögerung: Bezüglich der im Entwurf genannte

Bremsverzögerung von “mindestens einen Verzögerungswert von 3,5 m/s²” möchten wir anmerken, dass dieser Wert von der geplanten Verschärfung der Anforderungen an Fahrradbremsen (geplanter Verzögerungswert von 5 m/s²) abweicht. Die unterschiedlichen Werte für eKF und Fahrräder sind aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar.

- Zu § 39 (7), Synopse - Verkehrszeichen „E-Bike“: Fahrzeuge der Kategorie L1-eA sind de facto nicht im Straßenverkehr zu finden, sodass dieses Zeichen keine praktische Anwendung findet

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 16.07.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

eKFV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2408140007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

2. SG2409270096 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP)
[alle SG dorthin]

3. SG2506250006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. **Referentenentwurf zur nationalen Umsetzung der Batterieverordnung (EU) 2023/1542.**
Schaffung einer gemeinsamen Herstellerstelle

Beschreibung:

Das BattG sieht keine Mitwirkungsmöglichkeiten der vom BattG betroffenen Herstellerindustrie in den Gremien der Gemeinsamen Stelle der Hersteller nach dem ElektroG vor. Aufgrund sehr breiten Regelungs- und Vollzugsfelder (Produktrücknahme, -zirkularität und -konformität) sowie aufgrund der Beteiligung sehr unterschiedlicher Wirtschaftsbranchen (u. a. Elektro, Fahrrad, Automobil, Chemie, Handel) empfehlen wir dringend den Aufbau einer eigenen „Gemeinsamen Herstellerstelle“ mit besonderer batteriespezifischen Fach- und Marktkompetenz.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13953 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz - Batt-EU-AnpG)

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Vorgang)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu];
Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2409270106 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Versendet am 27.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Versendet am 27.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2412200044 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2506250019 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

4. SG2506250021 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. SG2506250025 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. SG2506300051 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Erholung im Wald als hohe Stellenwert bei der Novellierung des BWaldG

Beschreibung:

Erholung im Wald sollte weiterhin einen hohen Stellenwert bei der Novellierung des BWaldG haben.

Referentenentwurf:

Viertes Gesetz zur Änderung des Bundeswaldgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 31.10.2024

Federführendes Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BWaldG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Breitensport [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412200034 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. EU-Produktsicherheitsverordnung: keine Anpassung des Rapex-Systems**Beschreibung:**

EU-Produktsicherheitsverordnung : neue Regelung für das Rapex-System

Aus unserer Sicht geht diese Liste klar über das Ziel hinaus. Ruft ein Hersteller beispielsweise Batterien zurück, weil eine Charge Leistungsprobleme aufweist, könnte dies theoretisch unter 4.1. c als Grund für die Annahme eines „ernsthaften Risikos“ des Produkts herangezogen werden.

Aus unserer Sicht gibt es keinen Anlass, das bestehende und funktionierende Rapex-System anzupassen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412200038 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

8. Kommentieren von Flächen des Fuß- und Radverkehrs (Randnummer 14e), Verkehrszeichen E-Bike (VzKat)

Beschreibung:

Kommentieren von folgenden Punkten:

- Flächen des Fuß- und Radverkehrs (Randnummer 14e): Hinweis, dass die aktuellen Regelwerke, insbesondere die ERA, nicht als Grundlage geeignet sind, um eine attraktive, einladende und flächendeckend sichere Radinfrastruktur zu schaffen. Sie bedürfen dringend einer zeitgemäßen Überarbeitung; anmerken, dass eine klare Benennung von Flächen des fließenden und des ruhenden Radverkehrs an dieser Stelle sinnvoll wäre.
- Verkehrszeichen „E-Bike“ (VzKat): Hinweis, dass das Verkehrszeichen „E-Bike“ (1010-65, 1022-13 und 1026-63) neu definiert werden sollte. Wir schlagen vor, die Beschreibung des Zeichens auf 45 km/h anzupassen, sodass dann auch Fahrzeuge der Kategorie L1-eB (S-Pedelecs) darunterfallen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 544/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502210015 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

9. Impulse für die 21. Legislaturperiode

Beschreibung:

Deutschland als Produktionsstandort für Fahrräder, EBikes und Komponenten erhalten
Bürokratie und Verwaltung endlich modern und effizient gestalten
Verlässliche und planbare Nachhaltigkeitsregulierung durchsetzen
Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit und Kundenorientierung konsequent nutzen
Geltendes Recht effizient durchsetzen und Marktüberwachung stärken
Mehrwertbesteuerung neu ordnen
Fachkräftemangel bekämpfen
Europäische Regulierung des EBikes mitgestalten
Einladende Fahrradinfrastruktur ausbauen und langfristige Finanzierung verstetigen
Verkehrssicherheit erhöhen und Vision Zero als Ziel setzen
Freizeit und Alltagsradverkehr zusammendenken

Freies Betretungsrecht in Wald und Natur sichern
Gesundheitsförderung und prävention stärken

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300106 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Ausgestaltung des Klima-Sozialplans**

Beschreibung:

Die Debatte zu den geplanten Mobilitätsmaßnahmen des Klima-Sozialplans fokussiert sich bisher allein auf die Förderung von E-Autos. Planungen zur Förderung nachhaltiger und im Vergleich kostengünstiger Fahrradmobilität scheinen bisher zu fehlen. Hier kann der KSP mehr soziale Gerechtigkeit schaffen und viele Menschen mit geringerem Einkommen bei der Nutzung beliebter und nachhaltiger Fahrradmobilität unterstützen. Wir empfehlen deswegen, dass der Klima-Sozialplan den zu adressierenden vulnerablen Gruppen Wahlfreiheit zwischen der Förderung von E-Autos und Fahrradmobilität bietet.

Vorschläge für kurzfristig umsetzbare Maßnahmen:

- a) Förderung von Bikesharing
- b) Förderung von Fahrrad-Abos (vergleichbar mit Social Leasing bei E-Autos)
- c) Kaufanreize für Fahrräder

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509180014 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. SG2512180186 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

11. Antidumpingmaßnahmen auf Fahrräder aus China

Beschreibung:

Die Verlängerung der bestehenden Antidumpingmaßnahmen (Antidumpingzölle) auf Fahrräder aus China im Rahmen des laufenden Überprüfungsverfahrens der EU-Kommission, mit dem Ziel, dass sich die Bundesregierung bzw. die zuständigen Vertreter Deutschlands im Rat der EU-Mitgliedstaaten bei der Abstimmung zugunsten dieser Verlängerung positionieren.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509180016 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. Anwendungsbereich der EU-Altfahrzeuge-Verordnung

Beschreibung:

Ziel der Einflussnahme ist, im Rahmen der Trilogverhandlungen zur Altfahrzeuge-Verordnung (ELV) zu erreichen, dass typgenehmigte E-Bikes der Kategorie L1e-B (Speed-Pedelecs), die zum Treten bestimmt sind, nicht in den Anwendungsbereich der ELV-Verordnung aufgenommen werden. Stattdessen sollen diese Fahrzeuge ausdrücklich in die Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) einbezogen werden. Damit soll eine kohärente regulatorische Behandlung von typgenehmigten und nicht typgenehmigten E-Bikes sichergestellt werden, da letztere bereits unter die WEEE-Richtlinie fallen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509230003 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.09.2025 an:

Bundesregierung

13. **Novelle Elektrokleinstfahrzeugeverordnung und Straßenverkehrsordnung**

Beschreibung:

Beibehaltung der grundsätzlichen Trennung zwischen Elektrokleinstfahrzeugen und
Fahrrädern in der Straßenverkehrsordnung

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Änderung der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung und anderer
straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 26.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

eKFV [alle RV hierzu]; StVO 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509240007 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

14. **Beibehaltung der rechtlichen Einstufung von Elektrofahrrädern (EPAC) als Fahrräder und
Ausschluss von der Typgenehmigungspflicht**

Beschreibung:

Sicherstellung, dass Elektrofahrräder (EPACs nach DIN EN 15194) weiterhin rechtlich als
Fahrräder eingestuft bleiben und nicht unter die Typgenehmigungspflicht gemäß
Verordnung (EU) Nr. 168/2013 fallen. Das Regelungsvorhaben betrifft die Beibehaltung der
derzeitigen Rechtslage, nach der EPACs von der Typgenehmigungspflicht ausgenommen
sind. Ziel ist es, die Gleichstellung von EPACs mit Fahrrädern im europäischen und
nationalen Rechtsrahmen dauerhaft zu erhalten.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510210022 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

15. Stärkung des Radtourismus durch entbürokratisierten Ausbau, rechtssichere Genehmigung und langfristige Sicherung hochwertiger Radinfrastruktur

Beschreibung:

Ziel ist die Förderung des Radtourismus in Deutschland durch den Ausbau, die langfristige Sicherung und Entbürokratisierung qualitativ hochwertiger Radinfrastruktur für alle Fahrradtypen. Dazu gehört die Weiterentwicklung von Alltags- und touristischer Infrastruktur, insbesondere ausgewiesener Gravel- und MTB-Routen, unter Berücksichtigung von Sicherheit, Verkehrssicherungspflicht und Genehmigungsprozessen. Das Vorhaben soll Synergien zwischen Tourismus, Alltag, Gesundheit und nachhaltiger Mobilität stärken, Hemmnisse für Kommunen und Ehrenamt abbauen und die regionale Wertschöpfung sichern.

Interessenbereiche:

Breitensport [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512180196 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.10.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. SG2512180197 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

16. Nutzung illegaler E-Bikes bei Essenslieferdiensten unterbinden

Beschreibung:

Um die Nutzung getunter und nicht verkehrssicherer E-Bikes durch Fahrer:innen von Essenslieferdiensten zu unterbinden, soll ein Direktanstellungsgebot die Verantwortung für sichere und legale E-Bikes als Arbeitsmittel vom selbstständigen Fahrpersonal auf die Essenslieferdienste verlagern.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/3831 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Beschäftigte plattformgebundener Essenslieferdienste vor Ausbeutung schützen -
Intransparente Subunternehmerketten untersagen

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu];
Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603230021 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

17. Förderung des Radverkehrs als zentraler Hebel für Klimaneutralität im Verkehr**Beschreibung:**

Der ZIV – Die Fahrradindustrie setzt sich für die systematische Integration und Förderung des Radverkehrs als zentralen Baustein der Verkehrswende ein. Ziel ist die rechtliche, finanzielle und strukturelle Verankerung des Fahrrads in der Klimapolitik. Konkrete Maßnahmen umfassen den massiven Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur, die systematische Einbeziehung von E-Bikes in die Elektromobilitätsförderung, die Verkehrssicherheit durch gesetzliche Verankerung der Vision Zero sowie die finanzielle Unterstützung von Fahrrad- und E-Bike-Nutzung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4475 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erarbeitung des Klimaschutzprogramms 2026

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu];
Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603230022 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

18. Erhalt der gesetzlichen Pflicht zur Aufstellung von Fahrradbeförderungsplänen (§ 10 Abs. 2 AEG) im Gesetz zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich.**Beschreibung:**

Das Regelungsvorhaben betrifft den „Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich“, konkret die geplante Streichung der gesetzlichen Verpflichtung für Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Aufstellung von Fahrradbeförderungsplänen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, diese Pflicht in eine unverbindliche „Kann“-Regelung umzuwandeln (referenziert im Entwurf fälschlicherweise als § 12 AEG, korrekt ist § 10 Abs. 2 AEG).

Das konkrete Ziel der Interessenvertretung ist es, diese Streichung zu verhindern. Die bestehende gesetzliche Verpflichtung („sind verpflichtet“) zur Erstellung von Plänen für die verstärkte und verbesserte Beförderung von Fahrrädern im Schienenverkehr soll vollständig und in ihrer verbindlichen Form beibehalten werden.

Referentenentwurf:

Entwurf einer Verordnung zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606110016 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

19. Mitgestaltung von EU-Normen zu LMT-Ladesystemen zur Abwendung einer pauschalen Ladestandardpflicht für E-Bikes im privaten Bereich.

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben betrifft die von der EU-Kommission (gemäß EU-Batterieverordnung 2023/1542) geprüfte Einführung und Anwendung harmonisierter Normen für ein einheitliches Ladesystem für Batterien von leichten Transportmitteln (LMT), speziell für E-Bikes.

Konkretes Ziel der Einflussnahme:

Vermeidung von Pflichtregulierungen im privaten Bereich: Abwendung einer gesetzlich vorgeschriebenen, pauschalen Standardisierung von Ladeanschlüssen und -komponenten für das Laden zu Hause.

Fokus auf Markt- und Sicherheitslösungen: Ausrichtung künftiger Normungsaufträge auf den

freiwilligen, industriegetriebenen Ausbau interoperabler Systeme, primär beschränkt auf die öffentliche Ladeinfrastruktur.

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606110019 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

20. **Haftungsklarstellung (Verkehrssicherungspflicht) im Wald im Rahmen des Bundeswaldgesetzes / Bw-IBG-Novelle**

Beschreibung:

Das Ziel der Interessenvertretung ist die Verankerung einer bundesgesetzlichen Klarstellung der Verkehrssicherungspflichten und Haftungsregeln für naturbedingte Gefahren im Bundeswaldgesetz (BWaldG). Konkret soll die im Rahmen des Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes (Bw-IBG) geplante Änderung des Bundeswaldgesetzes dahingehend beeinflusst werden, dass der Gemeingebrauch des Waldes ausdrücklich gesetzlich „auf eigene Gefahr“ geregelt wird. Ziel ist die Übertragung der bestehenden Haftungsregelung aus Paragraph 60 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in das Waldrecht, um eine einheitliche Rechtslage für Wald und freie Natur zu schaffen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz (Bw-IBG)

Datum des Referentenentwurfs: 10.06.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BWaldG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu];

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290053 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

21. Anpassung/Rückzug veralteter BMDV-Merkblätter für Fahrradanhänger und Kindersitze im Zuge der Harmonisierung mit DIN/EN-Normen

Beschreibung:

Das Ziel der Interessenvertretung ist die Bereinigung und Aktualisierung des verkehrsrechtlichen Rahmens für Fahrradzubehör auf Bundesebene. Konkret wird die Überarbeitung, Anpassung oder der vollständige Rückzug des „Merkblatts für das Mitführen von Anhängern hinter Fahrrädern“ (Stand 1999) sowie der „Richtlinie für die Beschaffenheit und Anbringung von Kindersitzen und Fußstützen an Fahrrädern“ (Stand 1980) durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) bezweckt. Ziel ist die Beseitigung von Rechtsunsicherheiten für Hersteller und Prüfinstitute durch eine vollständige Harmonisierung des nationalen Rechts mit den aktuellen europäischen Sicherheitsnormen (DIN EN 15918, DIN EN 14344, DIN EN 15194 und DIN EN ISO 4210).

Betroffenes geltendes Recht:

StVZO 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290062 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

22. Verordnung zur Neuregelung für den Betrieb und die Genehmigung von Fahrzeugen (FGBV): Regelungen für Fahrräder, E-Bikes und Fahrradanhänger

Beschreibung:

Ziel ist die Einflussnahme auf den Referentenentwurf des BMV zur Verordnung zur Neuregelung für den Betrieb und die Genehmigung von Fahrzeugen sowie straßenverkehrsrechtlicher Regelungen (FGBV). Angestrebt werden Änderungen und Ergänzungen der Regelungen für Fahrräder, Elektrofahrräder (Pedelects) und Fahrradanhänger: Definitionen in § 2 (Fahrrad, Fahrradanhänger, anderes Straßenfahrzeug, Kinderfahrrad), Streichung von § 46 Abs. 1, Aufnahme technischer Parameter und Regelungen für Elektrofahrräder in § 47 (u. a. Anfahr-/Schiebehilfe, Tretbegriff, Tuning), Anpassung der Überschrift von § 48 sowie Änderungen an Anlage 6 (Fahrtrichtungsanzeiger) und Anlage 14 (lichttechnische Einrichtungen an Fahrrädern und Fahrradanhängern).

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Verordnung zur Neuregelung für den Betrieb und die Genehmigung von Fahrzeugen sowie straßenverkehrsrechtlicher Regelungen"

Datum des Referentenentwurfs: 20.07.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StVG [alle RV hierzu]; StVZO 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Straßenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2609280034 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **EIT Urban Mobility**

Europäische Union

Barcelona

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Diese Business-Intelligence-Plattform bietet maßgeschneiderte Datenanalysen für die Fahrradindustrie, um Lieferketten zu optimieren und die Markt-Resilienz zu stärken.

Echtzeit-Handelsdaten: Aggregiert Verkaufsdaten aus stationären Geschäften und dem Online-Handel nahezu in Echtzeit.

Effizientes Lager- & Cashflow-Management: Optimiert Bestände für Komponenten sowie Produktlinien. Dies verkürzt die Lagerhaltungsdauer spürbar und verbessert den Cashflow.

Krisenfestigkeit: Schützt Unternehmen vor Markt- und Lieferkettenschocks, wie sie durch Covid-19 oder globale Krisen sichtbar wurden.

Erprobte Basis: Baut auf dem erfolgreichen britischen System MDS UK auf (über 1,5 Mio. £ Investment, 70 % Marktanteil).

EU-Expansion: Ein Spin-off lizenziert das Produkt für Europa. Der Start erfolgt in Deutschland mit dem Branchenverband ZIV als Erstkunde, angetrieben durch die hohe Nachfrage globaler Marken.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.490.001 bis 1.500.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[JA2025.pdf](#)